



## Zwangsrekrutierung, ein Spezialfall der Polizeihaft in Peru

Die Zwangsrekrutierung zum obligatorischen Militärdienst war in Peru eine Praxis, die eine beträchtliche Anzahl von Personen betraf. Heute gibt es immer noch Zwangsrekrutierungen, aber in stark eingeschränkter Form. Sie kommen insbesondere in abgelegenen Regionen weiterhin vor. Hinter solchen Massnahmen stehen Rechte und Pflichten, die manchmal kollidieren, wie die persönliche Freiheit und die nationale Verteidigung.

Obwohl die Militärdienstpflicht im Rahmen der nationalen Sicherheit eine Notwendigkeit darstellt, darf sie nicht im Widerspruch zur Beachtung der Menschenrechte stehen. Die geltende peruanische Gesetzgebung bestimmt, dass alle Personen im 17. Lebensjahr sich beim Rekrutierungsamt einschreiben müssen. Bei der Einschreibung erhalten sie ihre Einschreibebestätigung, die eine Voraussetzung für die Ausstellung der Identitätskarte mit 18 Jahren ist. Anschliessend findet die Selektion statt, bei der entschieden wird, wer diensttüchtig ist und wer für den Militärdienst untauglich ist. Eine Auslosung entscheidet die Ordnung, nach der die Diensttüchtigen zum aktiven Militärdienst eingeteilt werden, sofern ihre Anzahl die erforderliche Anzahl der Diensttuenden überschreitet. Diese Personen erhalten zu gegebener Zeit ihren Marschbefehl. Diese Verfahren sollte den Bürgern die Garantie geben, dass eine willkürliche Auswahl vermieden wird.

Trotzdem kommt es immer wieder zu willkürlichen Massnahmen, die oft mit dem Mangel an militärischem Personal gerechtfertigt werden. Nach dieser Argumentation sind Zwangsrekrutierungen erforderlich, um die Anzahl Diensttuender zu erreichen, die not-



*Hoffentlich nicht auch Zwangrekrutiert.*

wendig ist, um die Verteidigungsaufgaben, die die Verfassung den Streitkräften zuweist, zu erfüllen. Für die Streitkräfte und die Polizei ist es sehr einfach, Jugendliche zu verhaften und ohne richterliche Anordnung in eine Kaserne zu bringen, damit diese dort oder an anderen Orten – zum Beispiel in einem Gebiet, wo der Ausnahmezustand herrscht oder an der Grenze – ihren Militärdienst leisten. Diese Praxis ist nicht nur gesetzeswidrig, sie schürt das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Streitkräfte und die Polizei und verletzt die Menschenrechte.

Im Falle einer willkürlichen Einschränkung der persönlichen Freiheit ist die Anrufung der Habeas Corpus - Bestimmungen zulässig. Habeas Corpus ist ein Rechtsmittel, das dazu dient, die willkürliche Verlängerung der Polizeihaft oder Untersuchungshaft zu vermeiden. Die Ombudsstelle hat eine Reform der Militärflicht vorgeschlagen, die einen freiwilligen Militärdienst statt der obligatorischen Wehrpflicht vorsieht.

Die Ausübung der Polizeigewalt in Peru gerät immer wieder in Konflikt mit den in der Verfassung garantierten Grundrechten und –freiheiten. In den letzten Jahren war die willkürliche Polizeihaft eine Praxis, die den prekären Zustand des demokratischen Rechtsstaates widerspiegelte. Die Achtung der Menschenrechte ist eine Aufgabe, die noch der Umsetzung harret. Die Nationale Polizei von Peru ist von einer militärischen Struktur geprägt. Eine Polizei mit zivilen Strukturen ist erforderlich.

lic.iur. Javier Gamero Kinosita, LL.M., IPA Peru



*Zwangsrekrutierung, auch von Kindern, als Soldat ist in vielen Ländern zur Praxis geworden.*